

kurznachrichten

Mitteilungen der Stiftung Gertrud Kurz

Juni / 2017

Liebe Freund_innen der
Stiftung Gertrud Kurz

Seit jeher führt von Angst geprägte Realpolitik im Asylwesen zu unhaltbaren Verhältnissen. Menschen mit härtesten Erfahrungen werden zusätzlich unter Druck gesetzt. Glücklicherweise entstehen immer wieder Solidaritätsbewegungen, die mit gezielten Aktionen gegen die Entrechtung von Migrant_innen eintreten, wie jetzt das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird» am 14. Mai in Uster oder die Demo am Samstag 3. Juni auf dem Helvetiaplatz in Zürich. Die Stiftung Gertrud Kurz will dazu beitragen, dass solche Bewegungen ihre Wirksamkeit entfalten können.

Marie Drath beschreibt im nebenstehenden Beitrag die Verhältnisse für abgewiesene Asylsuchende im Bunker in Uster und das harte Regime von Eingrenzungen, für das der Zürcher SP-Regierungsrat Mario Fehr eintritt.

Sogenannte Realpolitik kann dazu führen, dass betroffene Menschen über viele Jahre hinweg als Sans-Papiers in unserer Mitte sind und um ihr Überleben ringen. Auch zu ihren Gunsten gibt es mit dem Netzwerk der Anlaufstellen eine Solidaritätsbewegung. Heute ist für langjährige Sans-Papiers in mehreren Kantonen die Operation Papyrus im Aufbau, welche die Chancen auf eine Jahresbewilligung verbessert.

Eine Politik der Offenheit führt in vermehrtem Masse dazu, dass sich im gleichen Lebensraum Menschen aus unterschiedlichen Kulturen begegnen. Einen bedeutenden Beitrag zur Verständigung leisten dabei die interkulturellen Bibliotheken. Dies kommt im Beitrag von Therese Salzmann über Interbiblio zum Ausdruck.



Jürg Meyer
Stiftungsrat



Notunterkunft in Uster: Im unterirdischen Zivilschutzbunker sind mehr als 70 Personen untergebracht.

Abgewiesen und Eingesperrt. Repressives Grenzregime im Kanton Zürich

Uster 2017. Noch immer ist der Bunker hinter der Autobahn in Betrieb. Noch immer sind hier mehr als 70 Menschen auf allerengstem Raum unterirdisch eingepfercht. Ein Ort, der gebaut wurde, um Menschen zu beschützen, verwandelt sich vor unseren Augen zu einem Ort der Ausgrenzung, Entrechtung und sozialen Isolation.

Von Marie Drath*

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt wird der Bunker als Unterkunft benutzt. Er trägt die Geschichten einer nicht enden wollenden Kette von Verschärfungen in Asyl- und Ausländergesetz in sich. Was sich hier zeigt, ist die gewaltsame Gegenseite einer humanitären Tradition, die sich auf ein Asylrecht beruft, das Menschen Aufenthaltskategorien zuteilt und ihnen daraus abgeleitet Grundrechte zu- oder abspricht. Am Ende dieser Kette steht die Gruppe der abgewiesenen Asylsuchenden, deren schiere körperliche Präsenz vom Schweizer Gesetz als illegal eingestuft wird. Ein Tatbestand, mit dem das Recht unweigerlich in Unrecht umkippt. Es weist den Betroffenen einen durch das Recht legitimierten

Bereich ausserhalb des Rechts zu. Eine Strategie, die auf erschreckende Art und Weise Parallelen zu Entrechtungs-, Lager- und Biopolitiken des 19. und 20. Jahrhunderts aufweist. Wirksam ist dieses Regime vor allem als eine permanente Angst davor, jederzeit von der Polizei geholt, festgenommen und ins Gefängnis gesteckt zu werden. Eine Drohkulisse, die die Verfügungsgewalt des Einzelnen über den eigenen Körper, das eigene Selbst auf existenzielle Weise in Frage stellt.

* Marie Drath ist Aktivistin an der Autonomen Schule Zürich und hat den Aktionstag «Eingegrenzt in Uster» mitorganisiert.





Beim Aktionstag informieren sich besorgte und engagierte Usterner_innen über die Zustände im naheliegenden Bunker.

Drastische Verschärfungen im Kanton Zürich

Seit Frühjahr 2016 hat SP-Regierungsrat Mario Fehr gemeinsam mit seinen beiden Amtschefs Urs Betschart (Migrationsamt) und Ruedi Hofstetter (Sozialamt) im Kanton Zürich darüber hinaus eine weitere drastische Verschärfung eingeführt: Die sogenannten Eingrenzungen. Wer von ihnen betroffen ist, darf das Gemeinde- oder Bezirksgebiet der Notunterkunft nicht mehr verlassen. Ansonsten drohen bis zu drei Jahre Gefängnis. Um die Anwesenheit zu kontrollieren, führte die Sicherheitsdirektion im März 2017 zudem einen Präsenzzwang ein, der alle Personen in einer Notunterkunft zwingt, zwei Mal pro Tag auf einer Liste zu unterschreiben. Tun sie dies nicht, wird ihnen das dürftige Nothilfegeld von 8.50 Franken pro Tag gestrichen. Ausserdem werden sie gezwungen, die Nacht im Bunker zu verbringen: Wer nicht dort schläft, bekommt überhaupt kein Geld mehr. Durchgeführt werden die Massnahmen von Mitarbeiter_innen der ORS Service AG, die als privates, profitorientiertes Unternehmen die Notunterkünfte betreibt.



Die von Eingrenzung betroffenen Personen dürfen das eingezeichnete Gebiet nicht verlassen.

Widerstand: Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird»

Doch es regt sich immer mehr Widerstand gegen Mario Fehrs repressive Politik und die sich stetig verschärfende Asylpolitik. Nachdem die Eingrenzungen auch dazu geführt haben, sämtliche Betroffene in den Notunterkünften von Rechtsberatungsstellen abzuschneiden, hat sich im Sommer 2016 eine Besuchsgruppe gebildet, die eine mobile juristische Beratung direkt zu den Notunterkünften bringt.

Aus dieser Zusammenarbeit zwischen Autonomer Schule Zürich, Freiplatzaktion, Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (Spaz), Solinetz und einigen anderen Organisationen hat sich das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird» gebildet. Mitte März 2017 wurde in diesem Zusammenschluss sowohl eine Petition mit mehr als 3300 Unterschriften gegen die Eingrenzungen lanciert, als auch eine Konferenz zum Thema Eingrenzungs- und Bunkerpolitik veranstaltet, an der mehr als 500 Interessierte teilgenommen haben. Zuletzt hat am 14. Mai 2017 ein Aktionstag im Stadtpark von Uster stattgefunden, an welchem vor allem die Ustermer Bevölkerung über die Situation im Bunker der eigenen Gemeinde informiert und zum Engagement gegen Repression und Zwangsmassnahmen aufgerufen wurde.

Beteiligt haben sich an der Aktion auch eine Reihe von Künstler_innen, darunter das Experi Theater sowie das Roma Jam Session art Kollektiv. Der Tag mündete in ein gemeinsames Abendessen, das unter dem Namen Salon Bastarde von politischen Tischreden und musikalischem Programm begleitet wurde: kritisch-karnevalesk, solidarisch und utopisch zugleich. Denn: Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Der Kampf geht weiter – um die Rechte von Migrant_innen, um den Rechtsstaat und ein respektvolles, menschliches Miteinander überhaupt. Für eine Schweiz, in der die Übergänge und gemeinsamen Auseinandersetzungen wichtiger sind als die Grenzen.

Weitere und aktuelle Informationen finden sich auf der Homepage: www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

Operation Papyrus: Neue Schritte für Sans-Papiers

Jürg Meyer, Stiftungsrat

Die Weltwirtschaft ist heute weiterhin geprägt durch Chancenungleichheit. Unzählige Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um in wohlhabenderen Ländern Arbeit zu finden und ihre zurückgebliebenen Verwandten zu unterstützen. Der Weg zu einem regulären Aufenthaltsstatus führt in der Regel nur über ein Asylverfahren, in dem die eigene politische Verfolgung nachgewiesen werden muss. Diese Situation bewirkt, dass schätzungsweise mindestens 100'000 Sans-Papiers in der Schweiz leben. Sie leben in ständiger Angst, entdeckt und ausgeschafft zu werden. Dies hindert sie, ihre Rechte zu verteidigen.

Zu ihren Gunsten sind im Rahmen einer Solidaritätsbewegung diverse Anlaufstellen entstanden, die in der Nationalen Plattform zu den Sans-Papiers vereinigt sind. Kleine Erfolge, die diese bisher erzielen konnte: Die Aufnahme in Krankenkassen, die Einschulung von Kindern ohne Anzeigepflicht der Schulbehörden und auch die Möglichkeit für Jugendliche eine Lehrstelle anzutreten - letzteres mit geringen realen Erfolgen.

Langjährige Sans-Papiers können auf Antrag der kantonalen Migrationsbehörden vom Staatssekretariat für Migration Härtefall-Aufenthaltsregelungen erhalten. Das Ringen um Härtefälle kann zwar einigen Einzelpersonen helfen, es lässt aber die Situation der meisten Sans-Papiers unverändert. Daher wuchs das Bedürfnis nach kollektiven Regelungen.

In diesem Sinne ist heute die Operation Papyrus im Kanton Genf erfolgreich. Sie fand das Einverständnis mit den zuständigen Bundesbehörden. Nach der Operation Papyrus sollen Sans-Papiers eine Jahresaufenthaltsbewilligung bekommen, wenn sie seit 10 Jahren in der Schweiz leben, mit schulpflichtigen Kindern seit 5 Jahren, wenn sie Arbeit haben und die Ortssprache beherrschen. Bisher konnten so in Genf 590 Personen eine reguläre Bewilligung erhalten. Die Sans-Papiers-Bewegungen anderer Kantone wollen nun mit gleichen Begehren nachziehen. Im Kanton Basel-Stadt wurde in diesem Sinne der Anzug (Postulat) von SP-Grossrat Leonhard Burckhardt eingereicht, welcher eine Aktion nach dem Muster der Operation Papyrus fordert. Dieser Vorstoss wurde auch von bürgerlichen Grossräten mitunterzeichnet. •

Sprachgrenzen überwinden, sprachliche Ressourcen anerkennen

Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete sind sich gewohnt, Sprachgrenzen zu überwinden. Sie bringen ihre Sprache(n) aus dem Herkunftsland mit und haben sich zum Teil auf dem Weg in die Schweiz noch weitere Sprachen angeeignet. Sie wissen, wie sie all ihre Sprachregister ziehen müssen, um zu verstehen und zu kommunizieren.

Von **Therese Salzmänn**, Interbiblio

Aber Sprachgrenzen werden schmerzhaft spürbar, wenn sie ein Machtgefälle offenbaren. In der Schweiz Angekommene kennen das tagtägliche Aushalten dieser Grenzen, wenn sie mit komplexeren Gesprächsthemen, anspruchsvoller Schul- und Bildungssprache oder kompliziertem Beamtendeutsch, -französisch oder -italienisch konfrontiert werden. Darum ist ihre Motivation meist gross, die lokale Sprache zu lernen. Gleichzeitig kann der unsichere Aufenthaltsstatus, die Nicht-Anerkennung von Diplomen, die Sehnsucht nach fehlenden Familienangehörigen und Freunden den Elan hemmen.

In den interkulturellen Bibliotheken der Schweiz sind Migrant_innen wichtige und willkommenen Benutzer_innen. Die Bibliotheken stellen eine Vielfalt an Materialien zur Verfügung, die auch die Ausgangssprachen der Lernenden berücksichtigen, und sind bestückt mit Literatur in zahlreichen Sprachen. Zweisprachige Erzählstunden laden dazu ein, der Sprachmusik des Amharischen oder des Thai zu lauschen. Schulklassen lernen in Bibliotheksführungen mit Animation verschiedene Schriften spielerisch kennen. Lesungen, Filmabende, Sprachcafés, ja sogar «narratives Kochen» veranstalten die Bibliotheken, um den Austausch

zu fördern und den Wert von Mehrsprachigkeit aufzuzeigen.

Damit erhalten die sprachlichen Ressourcen der Angekommenen ihre gebührende Anerkennung. Sprachgrenzen verlieren ihr Machtgefälle: Sie werden umspielt und erkundet, sie laden zum Switchen und Experimentieren mit verschiedensten Sprachklängen ein.

Mit dem Wissen darum, dass eigene sprachliche Kompetenzen auch von der Aufnahmegesellschaft wertgeschätzt werden, lernt es sich leichter, und fühlt man sich eher als Teil der neuen Gesellschaft. •



Zum Tag der Muttersprache. Treffpunkt interkulturelle Bibliothek Luzern

kurzgedanken



Ich erachte Austausch über Staats,- Sprach- und kulturelle Grenzen hinweg als eminent wichtig. So entsteht Akzeptanz, wir profitieren voneinander und gewinnen neue Einsichten.

Deshalb engagiere ich mich in der Stiftung Gertrud Kurz.

Marie Theres Langenstein, Stiftungsrätin

Jedes Jahr unterstützen wir kleinere Projekte, die zur Integration von ausländischen Menschen in der Schweiz beitragen. Die Projekte werden aus den Einnahmen von Spenden finanziert. Jeder Beitrag ist herzlich willkommen.

Ihre Spende gibt Menschen mit Migrationshintergrund die Zuversicht, in unserer Gesellschaft willkommen zu sein.
Spendenkonto 30-8732-5

Impressum

Verantwortliche Redaktion: Corinne Widmer

Lektorat: Annina Indermühle

Druck: Rickli+Wyss AG, Bern

Design: Tatort kommunikation & design GmbH, Bern

Auflage: 1'000 Ex.

Stiftung Gertrud Kurz

Postfach 3001 Bern, info@gertrudkurz.ch
www.gertrudkurz.ch



Teilhabe
Anerkennung
Solidarität

Bestelltalon

Die «**Kurznachrichten**» der Stiftung Gertrud Kurz können gratis bezogen werden bei info@gertrudkurz.ch mit dem Vermerk «**Bestellung Kurznachrichten**» und der Angabe Ihres Namens und Ihrer Adresse oder mit unten stehendem Talon:

Ich bestelle Exemplar/e der «**Kurznachrichten**» als pdf per E-Mail gedruckt

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail